

*Arno Brandt*

**Joseph Stiglitz: Im freien Fall – Vom Versagen der Märkte zur Neuorientierung der Weltwirtschaft, München 2010, 448 Seiten**

Wenn Märkte, insbesondere Kapitalmärkte, tatsächlich effizient wären, hätte es eine Weltwirtschaftskrise, wie wir sie in den zurückliegenden Jahren erlebt haben, nicht gegeben. Die Effizienzmarkthypothese besagt in ihrer zugespitzten Form, dass die Preise sämtliche am Markt verfügbaren Informationen zutreffend widerspiegeln, die von den Marktteilnehmern für ihre individuellen Entscheidungen benötigt werden (334f.). Träfe diese Annahme in der realexistierenden Ökonomie zu, hätten wir es in der Tat mit effizienten und selbstregulierenden Märkten zu tun (339). „Irrationaler Überschwanke“, Ansteckungs- und Herdentriebefekte hätten dann keine Chance, Preisblasen zu bilden und damit die Wirtschaft bis an den Rand des Abgrunds (oder auch darüber hinaus) zu führen. Wenn alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stünden, würden die Entscheidungen der Marktteilnehmer zu einem marktwirtschaftlichen Gleichgewicht führen. Am Ende würde die „invisible hand“ von *Adam Smith* dafür sorgen, dass die Marktkräfte dem Gemeinwohl dienen.

Dass es nach einer langen Phase der Liberalisierung, der Privatisierung und Deregulierung von Märkten zu einer großen Krise kam, ist für *Joseph Stiglitz* der letzte Beweis, dass die Marktorthodoxie jeglicher rationalen Grundlage entbehrt. Insofern ist der 15. September 2008 (Zusammenbruch der Lehman Brothers) für den Neoliberalismus das, „...was der Fall der Berliner Mauer für den Kommunismus gewesen ist“ (281). Zu den großen Verlierern der jüngsten Weltwirtschaftskrise zählt *Stiglitz* auch die US-amerikanische Spielart des Kapitalismus, die durch den ideologischen Wirtschaftsliberalismus geprägt ist. Durch die Krise und seine Folgen sei diese Variante in die Defensive geraten und die Wirtschaftsmacht USA sehe sich mehr denn je durch die chinesische Volkswirtschaft herausgefordert.

*Stiglitz* geht es in seinem Buch nicht nur um die Klärung der Ursachen und Folgen des Falls der Wall Street, sondern vor allem darum, jene wirtschaftswissenschaftlichen Überzeugungen, die mit der Krise seit 2008 in den freien Fall übergingen, einer grundsätzlichen Kritik zu unterziehen. „Dieses Buch befasst sich mit einem Kampf der Ideen, mit den Vorstellungen, die zu den verfehlten politischen Maßnahmen führten, die die Krise auslösten, und mit den Lehren, die wir daraus ziehen“ (10). Dabei geht es ihm nicht darum, die Krise zu personalisieren und nach individuell Schuldigen zu suchen, die Krise hat vielmehr systemischen Charakter. Für *Stiglitz* werden die zentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungen von politischen und ökonomischen „Kräften“ ins Werk gesetzt, die

sich nicht auf Einzelpersonen reduzieren lassen (15). Der systemische Charakter der Krise macht nicht nur eine weitreichende Reform der Kapitalmärkte erforderlich, sondern erzwingt auch eine Abkehr vom Wirtschaftsliberalismus als der dominierenden ökonomischen Denkschule der zurückliegenden Jahrzehnte. *Stiglitz* plädiert dafür, die Vorstellung, dass der Markt weitgehend sich selbst überlassen bleiben und sich der Staat im Großen und Ganzen aus dem ökonomischen Prozess heraushalten sollte, einer grundlegenden Revision zu unterziehen. „Auf der langen Liste derjenigen, die mitverantwortlich für die Krise sind, würde ich auch die Zunft der Ökonomen setzen, denn sie haben die Sonderinteressen mit Argumenten über effiziente Märkte und deren ‚Selbsteilungskräfte‘ versorgt ... Infolge dieser Krise werden sich Wirtschaftstheorie und –politik höchstwahrscheinlich genauso stark verändern wie die Wirtschaft selbst (...)“ (20).

Das Buch richtet sich dabei weniger an die wirtschaftswissenschaftliche Zunft als vielmehr an den ökonomisch interessierten Leser, der zu den formalen Modellen der ökonomischen Theorie keinen Zugang hat. Völlig neue theoretische Erkenntnisse werden überdies von *Stiglitz* nicht ins Feld geführt. Seine Analyse basiert auf einem breiten Fundus theoretischer Arbeiten, insbesondere auf dem Gebiet der Informationsökonomie, die er zusammen mit seinen Kollegen in den zurückliegenden Jahrzehnten entwickelte und für die er (gemeinsam mit *Michael Spence* und *George Akerlof*) im Jahr 2001 den Ökonomie-Nobelpreis erhielt. *Stiglitz* geht es vor allem darum, die Weltwirtschaftskrise zum Anlass zu nehmen, um zu begründen, warum die Ideologie der freien Marktwirtschaft gescheitert ist und es der staatlichen Intervention und Regulierung bedarf. Nur bei einer aktiven Rolle des Staates seien Krisen dieser Größenordnung zu vermeiden und eine dem Gemeinwohl dienende Marktwirtschaft zu entwickeln.

Wie ein roter Faden durchzieht das Buch die argumentative Auseinandersetzung mit dem marktorthodoxen Glauben an effiziente und selbstregulierende Märkte. Es gehört zu den Grundüberzeugungen des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams der zurückliegenden Jahrzehnte, dass Märkte effizient sind und alle verfügbaren Informationen einpreisen. *Stiglitz* argumentiert dagegen, dass Preise eben nicht alle verfügbaren Informationen im Markt zutreffend widerspiegeln, sondern eine Menge nicht sachdienliches „Rauschen“ enthalten. Dieses Rauschen erreicht in der Regel eine Lautstärke, dass es die Bewegungen des Marktes bestimmt. Märkte zeichnen sich durch unvollständige und vielfach auch asymmetrische Information aus. Auf Märkten existieren positive und negative externe Effekte und in vielen Fällen führen Innovationen dazu, die Intransparenz am Markt zu erhöhen. Dafür stehen exemplarisch nicht zuletzt zahlreiche Innovationen am Kapitalmarkt aus der jüngeren Vergangenheit. Die Unvollkommenheit von Kapitalmärkten ist also nicht die Ausnahme sondern die Regel (443). Nur unter sehr restriktiven Bedingungen, die im realen Leben nicht anzutreffen sind, können Märkte als effizient gelten. *Stiglitz* verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auf seine eigenen wissenschaftlichen Arbeiten, in denen er nachweist, dass schon kleine Informationsunvollkommenheiten das Marktgleichgewicht drastisch verändern. Daher lässt er auch nicht das Argument gelten, dass eine Welt mit fast vollständigen Informationen weitgehend der Idealwelt eines ökonomischen Gleichgewichts entspricht (309). Wenn aber die Effizienzbedingungen nicht erfüllt sind, gibt es nach *Stiglitz* stets staatliche Eingriffe, die wohlfahrtssteigernd sind (308).

Das macht es auch verständlich, weshalb die Erklärungsansätze (neo)keynesianischen Denkschulen wieder auf der Agenda einer erneuerten Wirtschaftswissenschaft stehen. Aber auch innerhalb der keynesianischen Community hat die Weltwirtschaftskrise eine neue

Debatte über den richtigen Weg entfacht. Während der eine Hauptstrang des Neokeynesianismus, der in der Tradition von *John R. Hicks* steht, abgesehen von der Annahme flexibler Löhne und Preise die meisten anderen Prämissen der neoklassischen Theorie übernimmt, sieht die an den Arbeiten von *Hyman Minsky* orientierte Denkschule viel weitreichendere Herausforderungen für die Stabilisierung der Ökonomie. Für die *Hicks*-Schule wäre die Wirtschaft effizient, sobald Löhne und Preise flexibler sein könnten. Aus der Sicht der *Minsky*-Schule verschärfen dagegen sinkende Löhne den Aufschwung, da die Verbraucher ihre Ausgaben reduzieren und damit die effektive Nachfrage mindern. „Die wirtschaftlichen Empfehlungen der verschiedenen neokeynesianischen Schulen unterscheiden sich erheblich voneinander. Die eine Richtung behauptet, politische Maßnahmen, die auf Lohnstabilität zielen, seien Teil des Problems; die andere behauptet, diese Maßnahmen würden helfen, die Wirtschaft zu stabilisieren. Die eine warnt vor Deflation, die andere begrüßt sie. Die eine richtet ihr Augenmerk auf die Instabilität des Finanzsystems – etwa die Verschuldung der Banken –, während die andere diese ignoriert“ (329). *Stiglitz* lässt bei seiner Diskussion alternativer Erneuerungsstrategien der Wirtschaftswissenschaften keinen Zweifel daran, wem seine Sympathien gelten. Auch wenn die keynesianische Schule, die in der *Hicks*-Linie steht, dem Staat eine im Vergleich zur Marktorthodoxie aktivere Rolle zubilligt, verkörpert sie doch eine konservative politische Agenda, die die Probleme bei der Macht der Gewerkschaften oder den Schutzrechten für Arbeitnehmer sieht.

Welche Rolle der Staat im Wirtschaftsprozess spielen sollte, hängt nach *Stiglitz* vom jeweiligen politisch-ökonomischen Kontext ab. Aus seiner Sicht sind vor allem jene Volkswirtschaften zukunftsfähig, die eine gewisse Balance zwischen Markt und Staat gefunden haben (366). Die amerikanische Variante kapitalistischer Entwicklung mit seiner einseitigen Ausrichtung auf marktwirtschaftliche Koordinierungsleistungen zählt *Stiglitz* nicht dazu. Vor allem aber betont er einen Epochenwechsel kapitalistischer Entwicklung, der eine stärkere staatliche Einflussnahme erforderlich macht. Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist eine Ökonomie des Wissens. Viele fortgeschrittene Industriestaaten haben sich zu Innovationsökonomien entwickelt, was weitreichende Folgen für die Natur des Marktes hat. Staatliche Regulierungsnotwendigkeiten sieht *Stiglitz* vor allem, weil bei Innovationen vielfach die privaten und sozialen Renditen nicht übereinstimmen. Exemplarisch hierfür stehen manche Finanzmarktinnovationen aus der jüngeren Vergangenheit, deren soziale Rendite am Ende negativ ausfiel.

*Stiglitz* sieht die Ursache der Krise eindeutig im Marktversagen. Es sind deregulierte Märkte, die zur Blasenbildung und schließlich zum Crash geführt haben. Dass der Staat vielfach diese Deregulierung ermöglicht bzw. befördert hat, ist weniger Ergebnis von Staatsversagen als vielmehr das Resultat konservativer Politik. Die Deregulierungsoffensive der zurückliegenden drei Jahrzehnte ist ja gerade mit dem Argument vorangetrieben worden, dass Märkte effizient und selbstregulierend seien und die regulierende Einflussnahme des Staates unweigerlich mit Effizienzverlusten bzw. Allokationsverzerrungen verbunden sei. In diesem Weltbild ist ein mögliches Staatsversagen wesentlich schlimmer als Marktversagen, weshalb sich der Staat mit seinen Eingriffsbefugnissen zurückzuhalten hat. Auch für *Stiglitz* gibt es das Phänomen des Staatsversagens: „Märkte sind unvollkommen, aber das gilt auch für den Staat“ (267). Daraus zieht *Stiglitz* aber nicht den Schluss, dass Formen kollektiven Handels verzichtbar wären. Schlüsselfunktionen des Staates sieht *Stiglitz* neben der Sicherung der öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen, insbesondere bei Bildung und Forschung, in der Regulierung von Märkten, der

sozialen Absicherung und in der Verhinderung von Ausbeutungspraktiken. Diese Empfehlungen zielen weitgehend auf eine Reform des US-amerikanischen Wirtschaftsmodells ab: „In Amerika wurden zu viele Regeln von Vertretern der Finanzinteressen und zu deren Nutzen festgelegt, und die Schiedsrichter sind parteiisch“ (268). Beim Problem des Staatsversagens liegt für *Stiglitz* die Lösung in einer umfassenden demokratischen Kontrolle, die durch politische Reformen gestärkt werden muss. Vor diesem Hintergrund plädiert er für eine „Neue Marktwirtschaft“, die eine neue Balance zwischen individuellen und gesellschaftlichen Interessen und zwischen Markt und Staat herzustellen hat.

Das Versagen des Finanzsystems ist für *Stiglitz* Sinnbild für ein allgemeines Versagen des US-amerikanischen Wirtschaftssystems, worin sich wiederum tiefgreifende Probleme der US-amerikanischen Gesellschaft widerspiegeln. Im abschließenden 10. Kapitel unter dem emphatischen Titel „Aufbruch zu einer neuen Gesellschaft“ sieht er die Krise als Chance, um die Frage auf die Agenda zu rücken, in welcher Gesellschaft die Menschen leben wollen. Dies kann aus seiner Sicht keine Gesellschaft sein, die auf rein quantitatives Wachstum fixiert ist, das weder ökologisch nachhaltig noch langfristig gesellschaftlich tragfähig sei. Insofern referiert er seine Kritik am Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator und fordert eine Zukunftsvision ein, die aber auch er dem Leser weitgehend schuldig bleibt.

Der Bezugspunkt der Analyse und der Reformempfehlungen ist bei *Stiglitz* immer wieder die US-amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft, die aus seiner Sicht in den zurückliegenden Jahrzehnten über ihre Verhältnisse lebte und zugleich sozial tief gespalten sei. *Stiglitz* will eine Gesellschaft, die eine marktwirtschaftliche Grundlage hat, die aber durch kollektives Handeln eine humane bzw. soziale Gestalt annimmt. Bei seinem Leitbild sind Reminiszenzen an (nord)europäische Varianten des Kapitalismus unverkennbar. Aber auch dort gibt es jede Menge Anlass, die kritische Analyse von *Stiglitz* ernst zu nehmen, weil die politischen Eliten auch in Europa in den vergangenen beiden Jahrzehnten den fragwürdigen Verlockungen des anglo-amerikanischen Modells keineswegs so entschieden widerstanden haben, wie sie heute vielfach gern glauben machen möchten.

*Anschrift des Autors:*

Dr. Arno Brandt, NORD/LB Regionalwirtschaft, Friedrichswall 10, 30159 Hannover  
E-Mail: arno.brandt@nordlb.de